vinetur

# Britischer Bierbranchenverband: Einfrieren der Biersteuer könnte 7.100 Jobs sichern

Vor dem Haushalt drängte die BBPA die Minister, die Entlastung für Fassbier nach der im Februar um 3,6 % erhöhten Biersteuer auf 30 % anzuheben.

Donnerstag, 24. September 2026



Großbritanniens wichtigster Branchenverband für Bier und Pubs sagte am Donnerstag, dass ein Einfrieren der Biersteuer und eine Erhöhung der Steuerentlastung für Fassbier im nächsten Haushalt 7.100 Arbeitsplätze in der Branche sichern oder schaffen könnten, während Brauer und Pubbetreiber nach einer zu Jahresbeginn erfolgten Steuererhöhung von der Regierung Steuererleichterungen verlangen.

Die British Beer and Pub Association, die Brauereien und Pub-Unternehmen im Vereinigten Königreich vertritt, erklärte, rund 3.400 dieser Stellen, also 47,9 %, würden an Menschen unter 25 Jahren gehen. Der Verband fordert die Regierung auf, die Biersteuer auf dem derzeitigen Niveau zu belassen und die Entlastung für Fassbier auf 30 % anzuheben. Er argumentiert, die Kombination würde Pubs helfen, die Preise niedrig zu halten, Investitionen zu schützen und Neueinstellungen zu fördern.

Der Vorstoß erfolgt vor der nächsten finanzpolitischen Erklärung der Regierung und spiegelt den breiteren Druck in der Gastronomiebranche wegen Lohnkosten, Gewerbegrundsteuer und Inflation wider. Die BBPA sagte, die im Februar wirksam gewordene Erhöhung der Biersteuer um 3,6 % habe die Kostenbasis britischer Brauereien um 129 Millionen Pfund pro Jahr erhöht. Außerdem hieß es, jeder weitere Anstieg der Steuer um 1 % entziehe der Branche 35 Millionen Pfund an möglicher Investitionskraft.

Der Branchenverband sagte, die Biersteuer könne bis zu 40 % des Großhandelspreises von Bier ausmachen. Zudem sei die Wirtschaftlichkeit der Branche so eng, dass kaum Spielraum bestehe, neue Kosten aufzufangen: Pubs verdienten demnach etwa 12 Pence an einem Pint und Brauereien etwa 3 Pence an einer 500-Milliliter-Flasche. Der Verband stellte diese Angaben als Beleg dafür vor, dass sich weitere Steuererhöhungen nur schwer weitergeben ließen, ohne Arbeitsplätze, Preise oder Investitionspläne zu beeinträchtigen.

Emma McClarkin, die Geschäftsführerin der BBPA, sagte, der Haushalt biete der Regierung die Chance, Brauereien, Pubs und Beschäftigung zu unterstützen, zu einer Zeit, in der jüngere Arbeitnehmer Schwierigkeiten haben, Jobs zu finden. Sie sagte, ein Einfrieren der Biersteuer in Kombination mit einer höheren Entlastung für Fassbier würde erschwinglichere Pints, mehr Investitionen und mehr Neueinstellungen

bedeuten. McClarkin argumentierte zudem, britische Brauereien seien mit einigen der höchsten Biersteuersätze in Europa konfrontiert; die Belastung liege weit über dem Niveau in Ländern wie Deutschland und Spanien.

Nach den regionalen Schätzungen der Gruppe würde Südostengland bei einer Umsetzung der Maßnahmen den größten Beschäftigungszuwachs verzeichnen, mit 1.066 zusätzlichen Stellen. Es folgten der Südwesten mit 900, der Nordwesten mit 789, London mit 760 und East of England mit 675. Der Verband präsentierte diese Zahlen als Teil seiner Argumentation, dass die Biersteuerpolitik Auswirkungen über Brauereien und Pub-Ketten hinaus habe und auch lokale Arbeitsmärkte und jüngere Beschäftigte betreffe.

Der BBPA-Vorstoß fügt sich in eine breitere Lobbykampagne der Branche vor dem Haushalt ein. Die Organisation fordert außerdem eine Überprüfung der Beschäftigungskosten für junge Menschen, eine dauerhafte Reform der Business Rates und ein aus ihrer Sicht faireres Mehrwertsteuersystem für Pubs und Gastronomiebetriebe. Separat hat JD Wetherspoon-Gründer und -Vorsitzender Tim Martin den Premierminister und den Schatzkanzler aufgefordert, die Alkoholsteuer einzufrieren, und gesagt, ein weiterer Anstieg würde den Pubs zusätzlich zusetzen.

Die von der BBPA genannte Beschäftigungszahl ist eine Schätzung dessen, was geschehen könnte, wenn die Regierung den Vorschlag annimmt. Sie steht nicht für bereits geschaffene Arbeitsplätze und ist keine offizielle Regierungsprognose. Der Verband veröffentlichte weder die Methodik hinter der Schätzung noch die verwendete Vergleichsbasis oder die prognostizierten Kosten für die öffentlichen Finanzen durch ein Einfrieren der Biersteuer und die Ausweitung der Entlastung für Fassbier. Damit lässt sich die Behauptung auf Grundlage der am Donnerstag veröffentlichten Informationen nicht vollständig unabhängig überprüfen.

Diese Einschränkung ist wichtig, weil die Zahlen von einer Wirtschaftsvereinigung stammen, die ein direktes Interesse am Ausgang der politischen Debatte hat. Ihr Argument lautet, niedrigere Biersteuern und großzügigere Entlastungen für Fassbier würden die Nachfrage ankurbeln, die Margen sichern und Geld für Investitionen und Neueinstellungen freisetzen. Der Vorschlag ist jedoch nicht genehmigt, und die

Regierung hat noch nicht mitgeteilt, ob sie die Biersteuer entsprechend der Forderung der Branche ändern will.

Die Debatte ist für den britischen Pub-Handel wichtig, weil die Branche seit mehreren Jahren unter steigenden Kosten und schwacher Konsumnachfrage steht. Eine Steueränderung, die die Kosten für Brauer und Pubbetreiber senkt, könnte einigen Unternehmen helfen, Preise stabil zu halten oder in Personal zu investieren. Gleichzeitig müsste ein solcher Schritt von den Ministern gegen den Verlust an Steuereinnahmen abgewogen werden, ein Punkt, den die BBPA in ihrer öffentlichen Darstellung am Donnerstag nicht beziffert hat.